

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/16

Bonn, den 25. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Eine Idee wird zur Debatte gestellt 91

Zu Willy Brandts Gedanken über Beziehungen
zu osteuropäischen Völkern

3 Winston Spencer Churchill † 94

Trauer um einen großen Toten

4 - 5 Ungetrochener Wille 97

Straßburg beschwor den Gemeinschaftsgeist

Von Egon C. Heinrich

***** Zur Beachtung *****

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Dienstag-Ausgabe - 26. Januar 1965 - eine erschütternde Darstellung der Besichtigungsweise des Frankfurter Gerichts nach Auschwitz. Verfasserin ist die Journalistin Inge Deutsch-Kron, Bonner Korrespondentin mehrerer Zeitungen in Israel.

Tagebuch einer ungewöhnlichen Reise

Mit einer deutschen Richter in Auschwitz

Eine Idee wird zur Debatte gestellt

Zu Willy Brandts Gedanken über Beziehungen zu osteuropäischen Völkern

G.M. - Die heute von Willy Brandt der Öffentlichkeit übergebenen Gedanken über Beziehungen zu osteuropäischen Völkern sind in ihrer Substanz die konsequente Weiterentwicklung der Ideen des amerikanischen Nachkriegsaußenministers Georges Marshall.

Dieser hatte schon während des Krieges gefordert, man müsse die Völker des ausgebluteten Kontinents Europa so schnell wie möglich in die Lage versetzen, aus eigener Kraft ihre Wunden zu heilen. Marshall schloß in seine Idee Sieger und Besiegte ein. Er hatte aus dem Nachkriegsgeschehen des ersten Weltkrieges gelernt, daß Siegerdiktate und aufgezwungene Reparationsleistungen den mühsam und mit vielen Opfern erkämpften Frieden nicht sichern.

Daß Stalin sich weigerte, diesen Grundsatz ebenfalls anzuerkennen und die kommunistisch regierten Völker Osteuropas zwang, das Angebot der Marshall-Hilfe abzulehnen, war nicht die Schuld dieser Völker. Sie mußten die von Moskau erzwungene Ablehnung mit jahrelanger, bitterer Not bezahlen, während die westlichen Völker Europas einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebten, den sie in so relativ kurzer Zeit nicht zu erreichen gehofft hatten und trotz allen Fleißes nie ohne die ihnen gewährte Hilfe auch nicht erreicht hätten.

* * *

Seither sind 20 Jahre vergangen. In West- und Nordeuropa läuft die industrielle Wirtschaft auf Hochtouren. Sie hat heute Produktionsergebnisse zu verzeichnen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Volkswirtschaftler aller Lehrmeinungen suchen nach Mitteln zur "Konjunkturdämpfung" und sprechen von Maßnahmen, die das "Konjunkturfieber" zum Sinken bringen sollen. Die "klassischen" Mittel des Exports und der Geldumlaufregulierung - auch international - reichen nicht aus, um "die Wirtschaft" in geordneten Bahnen zu halten und gleichzeitig die Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung zu gewährleisten.

Dies trifft nicht nur auf die Länder im EWG-Bereich zu; es ist auch spürbar in den EFTA-Ländern.

* * *

Dagegenüber sehen wir, daß jenseits der beiden Gruppierungen EWG und EFTA die wirtschaftliche Expansion nur langsam vorangeht. Alle osteuropäischen Staaten haben im Verhältnis zu West- und Nordeuropa eine sogenannte Gefällsituation zu verzeichnen, d.h. ihre wirtschaftliche Expansion hält trotz des großen Fleißes ihrer Bevölkerung mit der des Westens und Nordens nicht Schritt. Die geistigen, handwerklichen und rohstoffmäßigen Voraussetzungen wären durchaus gegeben; auch organisatorisch sind die östlichen Völker sicher nicht weniger begabt als die westlichen. Es fehlt aber die "Initialzündung" und die Möglichkeit des alle Leistungen steigernden Wettbewerbs, sowie die "Durchblutung" der Räume, in denen auf der einen Seite Überfluß, auf der anderen ein großer Nachholbedarf besteht.

Hierbei spielen jetzt die theoretischen Lehrmeinungen über den Aufbau von Staat und Gesellschaft eine geringere Rolle, als man jahrzehntelang angenommen hat. Sogar in der Sowjetunion macht man sich in zunehmendem Maße Gedanken darüber, ob man z.B. auf das Wettbewerbs- oder Leistungsprinzip in der Wirtschaft verzichten kann. Die Natur des Menschen und die Erkenntnisse gegenteiliger Vorstellungen vom Funktionieren der Wirtschaft haben in jüngster Zeit zu manchen Ergebnissen geführt, die man noch vor kurzem aus ideologischen Gründen weit vor sich gewiesen hätte.

* * *

In diese jedem denkenden Menschen sichtbar gewordene Entwicklung stößt Willy Brandt mit seinen Gedanken über die Beziehungen zu osteuropäischen Völkern hinein. Gewiß ist er nicht der erste und einzige Politiker, der Ideen dieser Art ausspricht oder zu Papier gebracht hat. Auch ist es nicht wichtig, wie man diese Gedanken nennt; welches "Kennwort" man ihnen gibt, ob man sie als "Memorandum" bezeichnet, oder als einen schriftlichen Entwurf zur Ordnung von Gedanken, die "in der Luft" liegen. Wer sich bei solchen Haarspaltereien aufhält, zeigt nur, wie klein er ist, oder verrät gar seinen Ärger darüber, nicht eher auf dem Plan gewesen zu sein. - Worauf es ankommt, ist, daß wir a l l e weiterdenken; daß j e d e r hilft, die Stagnation längst unfruchtbar gewordener Denkschablonen zu überwinden.

Das hat Willy Brandt getan. Wer ihn deshalb schmätzt, soll das mit sich selbst ausmachen. Die Geschichte wird ohnehin über jene hinweggehen, die 20 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlers und seiner Generale so tun, als sei nichts geschehen.

Wer gar behauptet, Brandts Überlegungen oder die P r o z e d u r bei deren Veröffentlichung würde der "anderen Seite" helfen; die "Drei-Staaten-Theorie" zu begründen, macht sich - mit Verlaub zu sagen - lächerlich. Mit dem gleichen "Recht" müßte man dann auch Georges Marshall, Roosevelt, Kennedy, Johnson, Hallstein, die ganze EWG-Kommission in Brüssel, Monnet, Adenauer, de Gaulle und nicht zuletzt Erhard einer Haltung bezichtigen, die zur Anerkennung der "Drei-Staaten-Theorie" führt. Sie a l l e haben schon Überlegungen angestellt, wie und unter welchen Voraussetzungen, mit welchen friedlichen Mitteln und in Anerkennung des berechtigten Sicherheitsbedürfnisses der freien Welt das ö k o n o m i s c h e Gefälle zwischen Ost und West in Europa ausgeglichen werden könnte.

* * *

Man wird also die jetzt veröffentlichten Gedanken Willy Brandts über Beziehungen zu osteuropäischen Völkern sachlich werten müssen. Jeder, der das tut, befindet sich in bester Gesellschaft mit allen ernstzunehmenden europäischen und außereuropäischen Volkswirtschaftlern und Politikern. Jeder ist aufgefordert, die Gedanken Brandts mit praktischen Vorschlägen anzureichern. Je mehr, desto besser!

Es kann durchaus möglich sein, daß der Osten solche Gedanken rundweg ablehnt; auch im Westen können sie bei einigen Politikern auf Ablehnung stoßen. Für eine ablehnende Haltung auf beiden Seiten gäbe es aber eine gemeinsame Begründung: Wir wollen im Status quo verharren.

Bitte, d a s soll man dann aber laut sagen, damit jeder weiß, woran wir sind.

* * *

Winston Spencer Churchill +

sp - Ein strahlendes Licht ist nach langem Toteskampf erloschen. Das britische Volk hat mit dem Tod von Winston Spencer Churchill seinen größten Sohn verloren, die Menschheit eine einzigartige Persönlichkeit, die den Lauf der Welt in diesem Jahrhundert wesentlich mitbestimmte. Ein wahrhaft Großer ist dahingegangen. Sein Lebensinhalt war der Kampf - der Kampf um die Aufrechterhaltung der Größe Englands in zwei Weltkriegen, der Kampf um die Bewahrung der Grundwerte der westlichen Zivilisation vor totalitären Bedrohungen und - in seinen letzten Lebensjahrzehnten - der Kampf um ein einiges Europa in Verbindung und Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten als der Grundlage westlicher Behauptung. Als er merkte, daß seine Energien nicht mehr ausreichten, das Alter seiner unerlässlichen Tribut verlangte, gab Churchill die Führung der Regierungsgeschäfte an jüngere Kräfte ab.

Winston S. Churchill hat sich im Bewußtsein der Lebenden und den Nachfolgenden selbst ein unzerstörbares Denkmal gesetzt, als Politiker, als weit in die Zukunft sehender Staatsmann, als Journalist und Schriftsteller und als Chronist zweier Weltkriege, wofür er verdientermaßen den Nobelpreis bekam.

Welch gewaltige, die Phantasie erregende Spannweite eines Lebens! Als junger Mann erlebte Churchill noch die Hochblüte des viktorianischen Zeitalters. Er spürte das Herannahen des ersten Weltkrieges und tat das seinige, um ihn für die westlichen Alliierten zu gewinnen. In den Zwischenkriegsjahren trat er, der viel Gelästerte und viel Bewunderte, als Warner und Mahner auf; aber Kassandra sind niemals beliebt, es ist deren Schicksal nicht gehört und beachtet zu werden.

Seine große Zeit, schon am Beginn des Greisenalters stehend, kam in Englands dunkelster Stunde. Churchills Losung, niemals eine gute Sache aufzugeben, so wie er sie erkannte, niemals vor den zerstörerischen Kräften der Geschichte zu weichen, rettete die britische Nation und gab der Freiheit eine neue Chance. Wo stünden wir heute ohne diese Entschlossenheit?

Die Selbstzerstörung Europas begrenzte auch die Macht und den Einfluß eines Winston Churchill. Neue Weltmächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, waren auf die Bühne der Geschichte getreten und drängten Englands Macht zurück. Stalin setzte gegen Ende des zweiten Weltkrieges seinen Willen durch, fast die Hälfte Europas dem kommunistischen Einfluß zu unterwerfen, mit Mitteln, die seinen Verbündeten, Churchill, in Gegnerschaft zu ihm brachten. In der Vertreibung von Millionen Deutscher aus angestammten Gebieten sah Churchill kein Mittel, eine europäische Friedensordnung auf sicherer Grundlage aufzubauen.

Ein Jahr nach Beendigung des zweiten Weltkrieges hielt Churchill, Mitarchitekt des Sieges über das Dritte Reich, durch den Willen des britischen Volkes nach seinem größten Triumph in die politische Wüste geschickt, seine berühmte Rede in Zürich, in der er die Vision eines vereinten Europas entwickelte, die auch die Mitarbeit des damals am Boden liegenden deutschen Volkes einschloß. Historiker mögen einmal darüber streiten, ob dies nicht sein allergrößter Beitrag zur Erhaltung der westlichen Zivilisation und ihrer vielfältigen Einheit war. Churchill setzte Kräfte in Bewegung, die in die Zukunft hineinwirken.

Die Welt verneigt sich in Ehrfurcht und Trauer vor dem großen Toten. Nachfolgenden Generationen gab er durch sein Leben und Wirken ein leuchtendes Beispiel, was Beharrlichkeit und Zähigkeit als Leitmotiv politischen Handelns zu tun vermögen. In vielen politischen Entscheidungen hat er geirrt; an Großmut und Standvermögen kam ihm wohl keiner gleich.

Ungebrochener Wille

Straßburg beschwor den Gemeinschaftsgeist

Von Egon C. Heinrich

Etwas im Schatten der deutsch-französischen Begegnung von Rambouillet stand die in der letzten Woche abgehaltene Debatte des Europäischen Parlaments über die politische Einheit Europas. Zwar wurde an der Seine und am Rhein an gleichen Tage über das gleiche Thema diskutiert: Wie kann der europäischen Einigung ein neuer, erfolgversprechender Impuls gegeben werden? Während man in Rambouillet aber das Thema offenbar mehr unter wahltaktischen Gesichtspunkten behandelte, war im Straßburger Europa-Haus deutlich der ungebrochene Wille zur europäischen Einheit zu spüren. In der von den 142 Parlamentariern einstimmig angenommenen Resolution wird an die sechs Regierungen der EWG-Staaten appelliert, "sich zu einem baldigen Treffen zu entschliessen, um den bestehenden Verträgen entsprechend dem Aufbau eines demokratischen und föderativen Europa, wie es vom Parlament und von den Völkern unablässig gefordert wird, einen konkreten Impuls zu geben."

Hier zeigte sich, welche positive Folgen die Einigung über den gemeinsamen EWG-Getreidepreis auch für andere Bereiche der Europapolitik mit sich brachte. Sowohl die 142 Europaparlamentarier aus den sechs EWG-Ländern, als auch die beiden EWG-Vizepräsidenten Mansholt und Marjolin begrüßten die Agrarbeschlüsse vom 15. Dezember '64 einstimmig als einen Fortschritt für Europa und die atlantische Partnerschaft. Nun gelte es, solchen Gemeinschaftsgeist auch bei der Bewältigung anderer Probleme zu zeigen. Überhaupt wurde der Gemeinschaftsgeist immer wieder von den Parlamentariern beschworen. Neben der Getreidepreisentscheidung gaben die in den letzten Monaten vorgelegten Europa-Initiativen und -vorschläge Anlass zu Optimismus. Bekanntlich hat neben der Bundesregierung auch die italienische Regierung im November 1964 Europa-Vorschläge unterbreitet. Weitere Initiativen gingen von den beiden Aussenministern Spaak und Luns aus. So haben die von Spaak am 9. September 1964 vor der WEU in Paris entwickelten Gedanken bei den Vorschlägen der Bundesregierung Pate gestanden. Gemeinsames Ziel aller Initiativen ist die Wiederbelebung der bereits im Fouchet-Plan vorgesehenen regelmäßigen Konferenzen auf Regierungsebene zur Koordinierung der Aussen-, Kultur- und Verteidigungspolitik unter der Sechs. Vom Europaparlament wurde ebenfalls die Wiederaufnahme der Minister-Konferenzen gefordert.

Daß Regierungskonferenzen allein jedoch kein Ersatz für eine politische europäische Gemeinschaft sein können, machte die Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments und Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft Käte Strobel, MdB, deutlich. Basierend auf den Beschlüssen des SPD-Parteivorstandes vom Juli und Oktober 1964 schlug sie vor, einen Vertragsentwurf zur Ausdehnung der Zuständigkeit der bestehenden Gemeinschaften auf die nicht-kommerzielle Außenpolitik sowie auf gewisse Aspekte der europäischen Kultur- und Verteidigungspolitik auszuarbeiten. Den nationalen Parlamenten dürften Rechte auf diesen drei Gebieten aber nur dann entzogen werden, wenn diese Rechte unmittelbar auf das gemeinsame europäische Parlament übergangen.

England muß dabei sein

Auch müßten gleiche Fortschritte in Bezug auf eine "geographische Integration" erreicht werden. Damit ist die Ausdehnung der EWG auf England, Dänemark und andere beitrittswillige Staaten gemeint. Die Sozialistische Fraktion begrüßte daher die von dem ehemaligen englischen Außenminister Gordon Walker im Oktober in Bonn abgegebenen Erklärungen, wonach seine Regierung an Verhandlungen über die Schaffung einer europäischen politischen Union teilzunehmen wünsche. Daraus ergeben sich positive Aussichten für einen Beitritt Englands zum Gemeinsamen Markt. Käte Strobel verlangte hier eine Garantie, daß der Beitritt nicht wieder durch das Veto eines Staates verhindert werden könne. Nach ihrer Ansicht müssen bei den bevorstehenden Gesprächen über die politische Union außerdem folgende Grundsätze strikt beachtet werden:

- 1) Unentbehrlich ist ein Gemeinschaftsorgan, das von nationalen Weisungen unabhängig ist.
- 2) Ebenso unentbehrlich ist eine wirkliche parlamentarische Demokratie.
- 3) Die Aufrechterhaltung und Festigung des atlantischen Bündnisses.

Europäische Einigungspolitik muß stets die deutsche Teilung, das Ost-West-Verhältnis und die atlantische Partnerschaft im Auge behalten. Alle maßgebenden Politiker sind sich darüber einig, daß die europäische Integration die deutsche Wiedervereinigung nicht erschwert, sondern herbeiführt. Hierzu sagte Käte Strobel wörtlich:

- * "Wenn die Europäische politische Gemeinschaft zustande
- * kommt und eine gemeinsame Außenpolitik praktiziert,
- * muß diese in erster Linie zur Entspannung beitragen.
- * Eine Spannungsursache in Europa ist die Teilung Deutsch-
- * lands. Das deutsche Volk weiß, daß die europäische So-
- * lidarität ihm helfen kann, die Teilung zu überwinden
- * und das Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche
- * Volk zurückzugewinnen."

+ + +